

Die Vollendung der Demokratie geht weiter

Auch 50 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts ist die politische Macht in der Schweiz immer noch ungleich verteilt zwischen den Geschlechtern. Trotz Hindernissen ist die Ausgangslage der Frauen für entscheidende Veränderungen besser denn je.

Christoph Bernet

Sophie Achermann ist diese Tage eine vielbeschäftigte Frau. Sonntag, der 7. Februar 2021, steht schon lange dick umrandet in ihrer Agenda. Für die Geschäftsführerin von Alliance F, dem Dachverband der Schweizer Frauenorganisationen, ist das 50-Jahre-Jubiläum der Einführung des Frauenstimmrechts ein grosser Tag. Das Coronavirus verhindert zwar Feierlichkeiten, die der Bedeutung des Anlasses gerecht würden. Ganz darauf verzichtet Alliance F aber nicht: Via Zoom hält der Dachverband eine «Geburtsstagsfeier 50 Jahre Demokratie» ab. Die Teilnehmerinnen werden mit einem Stück Kuchen und einem Getränk in der Hand zu Hause vor den Computerbildschirmen «Helvetia ein Ständchen singen».

Doch unter die Freude über das Jubiläum des wichtigen Meilensteins mischt sich bei der 28-jährigen Achermann auch eine grosse Portion Fastingslosigkeit darüber, wie wenig lange dieser Tag zurückliegt – und die Entschlossenheit, sich nicht auf dem Erreichten auszuruhen. Bis zur Einführung des Frauenstimmrechts am 7. Februar 1971 sei die Schweiz keine Demokratie gewesen, hält Achermann fest. Diese Tatsache hält nach: «In der Schweiz haben Männer während über 120 Jahren die Gesetze alleine geschrieben. Das hinterlässt Spuren bis heute.»

«Frauen sind politisch weiterhin deutlich untervertreten»

Dass die Gesetze nicht mehr nur ausschliesslich Väter, sondern auch möglichst viele Mütter haben, ist Achermann ein Herzensanliegen. Im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2019 war sie am Projekt «Helvetia ruft!» beteiligt. Dessen Ziel: mög-

lichst vielen Frauen zur Wahl in den National- und Ständerat verhelfen. Der Erfolg lässt sich sehen: Im Nationalrat stieg der Frauenanteil auf rekordhohe 42 Prozent an. Im Ständerat sitzen neu zwölf Frauen, vor den Wahlen waren es sechs gewesen. Doch damit sind weiterhin drei Viertel der Ständeratsmitglieder männlich: «Die Frauen sind in der Schweiz politisch weiterhin deutlich untervertreten», sagt Achermann.

«Wenn wir zusammenhalten, haben wir die Mehrheit»

Um das langfristig zu ändern, versuchen Alliance F und ihre Verbündeten mit «Helvetia ruft!» an der Basis anzusetzen: in den Kantonen und Gemeinden. Dort steht es um die Frauenvertretung vielerorts noch schlechter als auf Bundesebene (siehe Artikel rechts). Sophie Achermann bezeichnet kommunale und kantonale Ämter als «Nachschublinien» für die Bundespolitik. Mentorinnen, Infoveranstaltungen, Lobbying bei den Parteien und die Auswertungen von Wahllisten und -ergebnissen sollen möglichst viele Frauen zum Schritt in die Politik ermuntern: «Die Wahlen 2019 waren erfreulich, aber wenn wir bei diesem Thema auch nur ein bisschen nachlassen, ist der Fortschritt schnell zunichtegemacht», gibt Achermann zu bedenken.

Dieser Fortschritt bei der politischen Partizipation der Frauen lässt sich wissenschaftlich belegen. Wie die Politikwissenschaftlerin Cloé Jans vom Forschungsinstitut GFS Bern in einem Beitrag im Sammelband «50 Jahre Frauenstimmrecht» aufzeigt, hat sich die noch bis Mitte der 2000er-Jahre im Vergleich zu den Männern durchschnittlich sechs Prozent tiefere Stimmbeteiligung der Frauen unterdessen praktisch angeglichen. Das hat dazu ge-

führt, dass sich die Frauen in jüngster Vergangenheit immer häufiger an der Urne durchsetzen konnten: Eine Mehrheit der Abstimmungsvorlagen, bei denen Frauen und Männer in ihrer Mehrheit unterschiedlicher Meinung waren, ging im Sinne der Frauen aus. Jans stellt eine «Repolitisierung» der Jugend fest. Das zeige das CS-Jugendbarometer. Themen wie Gleichheit und Feminismus seien jungen Menschen wichtig – Frauen wie Männern.

Auf die Unterstützung der Männer zählt auch Sophie Achermann von Alliance F. Aus ihrer Sicht brauchen die Frauen vor allem mehr finanzielle Unabhängigkeit. Dazu gehöre einerseits eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Andererseits ein Ende der Benachteiligung von Zweiteinkommen bei den Steuern für Paare, die de facto meistens die Frauen betreffen. Und eine Verbesserung der Situation der Frauen bei der Altersvorsorge. Seien Frauen nicht mehr finanziell von einem Mann abhängig, könnten sie sich auch besser gegen Gewalt wehren: «Dann haben sie die Option, zu gehen.» Auch wenn es bei der Wahl der richtigen Mittel unterschiedliche Ansichten gebe: «Was diese Ziele angeht, sind sich die Frauen aller Parteien einig.»

Der «Schweizer Illustrierten» sagte Simonetta Sommaruga (SP) bei einem gemeinsamen Interview mit ihren beiden Bundesratskolleginnen: «Wenn wir Frauen im Bundesrat zusammenhalten, haben wir faktisch immer die Mehrheit, weil wir immer einen Mann finden, der uns hilft.» Zur Vollendung der Demokratie braucht es aber mehr als ein männliches Bundesratsmitglied. Wie am 7. Februar 1971 braucht es die Unterstützung einer klaren Mehrheit der Männer für die Frauen in diesem Land.



Demokratie mit Nachholbedarf: Teilnehmerinnen am Frauenstreik 2019 in Lausanne. Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone (Lausanne, 14. Juni 2019)

Frau Gutjahr, Sie müssen Herrn Wermuths Partei dankbar sein. Die SP forderte seit 1904 das Frauenstimmrecht, während die SVP-Vorgängerpartei BGB noch 1959 die Nein-Parole dazu beschloss.

Diana Gutjahr: Selbstverständlich bin ich dankbar, dass ich heute als Frau wählen, abstimmen und mich politisch betätigen kann. Ich habe grossen Respekt vor all den Frauen, die das mit ihrem Einsatz ermöglicht haben. Mit Jahrgang 1984 kenne ich es allerdings gar nicht anders, als dass ich als Frau die gleichen Rechte habe wie die Männer. Im Gegensatz etwa zu meiner Mutter, die in den 1940er-Jahren geboren wurde, habe ich das grosse Privileg, dass mir nie jemand vorgeschrieben hat, was ich tun und was ich lassen soll. Heute sind wir glücklicherweise so weit, dass die Frauen gleichberechtigt sind. Die Möglichkeiten, die das bietet, müssen wir Frauen nun auch wahrnehmen. Denn mit unseren Rechten sind auch Pflichten verbunden.

Herr Wermuth, als erfolgreiche Unternehmerin ist Frau Gutjahr ein Vorbild für junge Frauen und tut damit doch viel mehr für die Gleichberechtigung, als wenn die SP in einem Manifest eine «starke feministische Linguistik» fordert. Cédric Wermuth: Man sollte das eine nicht gegen das andere ausspielen. Vor-

«Das könnten sich die Frauen niemals erlauben!»

Als linker Mann hat sich Cédric Wermuth den Kampf für Gleichstellung auf die Fahne geschrieben. Als rechte Unternehmerin wehrte sich Diana Gutjahr gegen den Vaterschaftsurlaub. Ein Streitgespräch über den Stand der Gleichstellung.



Diana Gutjahr (37) führt ein Metallbauunternehmen in Romanshorn TG. Seit 2017 ist sie SVP-Nationalrätin.

Der Aargauer Cédric Wermuth (34) sitzt seit 2011 im Nationalrat. Seit 2020 ist er Co-Präsident der SP Schweiz.

bilder zu haben, war für Bewegungen schon immer wichtig, besonders auch für die Frauenbewegung. Für junge Mädchen wie unsere beiden Töchter ist es zentral, dass es Politikerinnen und Unternehmerinnen wie Diana gibt, an denen sie sich orientieren können. Doch Gleichberechtigung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch uns Männer etwas angeht und in unserem Interesse ist. Die Geschichte zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn einige wenige die Gleichberechtigung vorleben. Es braucht sowohl den politischen Einsatz für gesellschaftliche Regeln als auch den individuellen Einsatz für mehr real existierende Gleichberechtigung im Alltag.

Gibt es parteiübergreifend Unterschiede darin, wie Männer und wie Frauen Politik machen?

Gutjahr: Ich denke, die eigene Herkunft und die Dinge, mit denen man sich beruflich und im Alltag beschäftigt, prägen die politische Haltung und Herangehensweise. Ich sehe vieles durch die Augen einer Unternehmerin. Aber ich denke, Frauen sind grundsätzlich etwas sensibler und sozialer eingestellt.

Wermuth: Frauen und Männer machen unterschiedliche biografische Erfahrungen. Anders als meine SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer wurde ich beispielsweise nie gefragt, wie ich Kinder und Politik unter einen Hut bringe. Und

wir erhalten zwar beide sehr viele Beleidigungen zugeschickt. Bei Mattea sind da aber immer auch Androhungen von sexualisierter Gewalt dabei. Das sind andere Erfahrungswelten. Aber das sorgt nicht für unüberwindbare Unterschiede. Bei mir war es ein langer Lernprozess bis ich realisierte, wie viel einfacher ich es als Mann im Vergleich zu gleichaltrigen Frauen hatte – und weiterhin habe.

Wo merken Sie das konkret?

Wermuth: Schauen Sie das Parlament an. Da gibt es unzählige Männer, die frisieren sich nie. Die steigen aus dem Bett und kommen so ins Bundeshaus. *Gutjahr:* Der war gut! (*lacht*) *Wermuth:* Das könnten sich die Frauen niemals erlauben! Es würde sofort eine Schlagzeile geben. Das zeigt, wie unterschiedlich Frauen und Männer immer noch bewertet werden. Es geht nicht um Gleichmacherei, sondern darum, dass jeder Mensch so sein kann, wie er oder sie will. Davon profitieren am Ende auch die Männer: Wir können uns von alten Rollenbildern befreien.

Frauen sind in Führungspositionen weiterhin signifikant untervertreten, übernehmen den Grossteil der Erziehungs- und Haushaltsaufgaben, arbeiten viel häufiger Teilzeit als Männer. Ist die Gleichberechtigung wirklich erreicht?

Gutjahr: Ja. Wir haben die gleichen Rechte und Pflichten. Ich fühle mich nirgendwo benachteiligt. Am Ende muss jede Person für sich entscheiden, was sie möchte und was nicht. Kinder zu haben etwa bedeutet Verzicht in anderen Bereichen, aber auch keine Kinder zu haben, bedeutet Verzicht. Paare sollen Beruf und Familie so aufteilen können, wie es für sie passt. Wir müssen aufpassen, dass die Debatte nicht kippt. Ich erlebe immer häufiger, dass sich Frauen, die auf eigenen Wunsch bei den Kindern bleiben, diskriminiert fühlen. *Wermuth:* Natürlich hat es Fortschritte gegeben in den letzten 50 Jahren. Aber die Frauen sind in der Schweiz weiterhin einem viel grösseren Armutsrisiko ausgesetzt. Sie erhalten einerseits für gleiche Arbeit weniger Lohn und andererseits sind die für die Gesellschaft enorm wichtigen Berufe wie etwa in der Kinderbetreuung oder der Altenpflege deutlich unterbezahlt, weil sie von Frauen ausgeübt werden. Heute macht man die Frauen individuell verantwortlich. Sie seien selber schuld, sie müssten halt härter verhandeln. Aber das ist falsch. Zu behaupten, alle könnten ihr Leben so gestalten, wie sie sich das wünschen, ist eine elitäre Haltung: Das muss man sich zuerst leisten können. Deshalb braucht es, wie bei der Volksschule, eine flächendeckende und gebührenfreie externe Kinderbetreuung mit einem garantierten Platz für jedes Kind.

Gutjahr: Mehr als 99 Prozent der Unternehmen in der Schweiz sind KMU. Diese kennen ihre Mitarbeitenden und ihre familiäre Situation gut und versuchen, bezüglich Vereinbarkeit von Beruf und Familie individuell zufriedenstellende Lösungen zu finden. Jede Gemeinde hat andere Bedürfnisse. Eine nationale, kostenlose Regelung ist in meinen Augen der falsche Weg. Das belastet die Steuerzahler massiv. Wir dürfen auch die Kinderlosen nicht vergessen, die bereits heute in vielen Fällen einen hohen Beitrag an die Finanzierung der Kinderbetreuung leisten.

Braucht die Schweiz eine Frauenquote für Führungspositionen?

Gutjahr: Gemischte Teams erzielen bessere Ergebnisse. Mehr Frauen in Führungspositionen sind erwünscht. Aber das Wachstum geschieht bereits ohne Quote – auf natürliche Weise. Wir haben immer mehr hervorragend ausgebildete Frauen in den Firmen, die ihrerseits Frauen fördern. Das ist besonders bei den KMU zu beobachten, wie eine Studie der Uni St. Gallen zeigt. Die Quote würde dazu führen, dass Frauen unterstellt würde, sie hätten ihre Position nur wegen ihres Geschlechts erhalten. Wenn ich irgendwo angefragt werde, weil «man noch eine Frau braucht», sage ich sofort ab. Ich will wegen meiner Kompetenzen, nicht meines Geschlechts zum Zug kommen.

Wermuth: Das Beispiel Norwegen zeigt: Mit einer Quote kann man die Untervertretung der Frauen in Führungspositionen sehr schnell korrigieren. Ohne gesetzliche Vorschriften ziehen Männer andere Männer nach. Und zwar nicht nach Kompetenzkriterien, sondern weil da Männernetzwerke und Machtstrukturen eine grosse Rolle spielen. Ich stimme mit Diana überein, dass eigentlich die Kompetenz das alleinige Kriterium sein sollte. Heute muss eine Frau für einen Kaderjob eine absolute Überfliegerin sein, bei Männern reicht oft auch Mittelmass und das richtige Netzwerk. Das ist auch eine Quote, aber halt für die Männer. Eine Frauenquote balanciert das aus – und kann dann wieder abgeschafft werden.

Apropos Frauen in Führungspositionen: Werden Sie die erste SVP-Bundesrätin?

Gutjahr: Was morgen ist, weiss ich nicht. Ich bin sehr verankert in unserem Familienbetrieb. Ich bin in erster Linie Unternehmerin und in zweiter Linie Politikerin. Aber ich weiss: Man darf niemals nie sagen.

Wermuth: Gratuliere, das war jetzt eine klassische Bewerbungsrede für das Amt! So tönt das bei allen Unternehmerinnen und Unternehmern mit Bundesratsambitionen. (*lacht*)

Interview: Christoph Bernet

Bald sieben Kantone ohne Frauen regiert

Im März dürfte im Wallis eine weitere rein männliche Regierung gewählt werden.

Nach 12 Jahren und drei Amtszeiten tritt die Walliser SP-Gesundheitsdirektorin Esther Waeber-Kalbermatten (68) nicht mehr zur Wiederwahl an. Ihr erstmaliger Einzug in den Staatsrat 2009 war historisch: Zum ersten Mal, seit die Frauen im Wallis 1970 das Wahlrecht erhalten hatten, war die Kantonsregierung damit kein rein männliches Gremium mehr.

Mit dem Rückzug Waeber-Kalbermattens dürfte es wieder dazu kommen. Denn aussichtsreiche Frauenkandidaturen sind keine in Sicht. Damit wäre das Wallis bereits der siebte Kanton ohne eine Frau in der Regierung. Ende 2014 sass noch in jeder kantonalen Exekutive eine Frau. Seither sind in Luzern, Tessin, Appenzell Aussersiderothoden (2015), Aargau (2016), Graubünden (2018) und Uri (2020) reine Männerregierungen gewählt worden. Kommt das Wallis hinzu, so lebt eine Bevölkerung von 1,7 Millionen in Kantonen ohne weibliche Regierungsbeteiligung, darunter vier der neun einwohnerstärksten Kantone.

«Im Wallis müssen die Galaxien richtig stehen»

Im Wallis kommt es zu zwei Vakanzten. Die SP will Waeber-Kalbermattens Sitz mit Nationalrat Mathias Reynard verteidigen. Der 33-jährige gab im Juni seine Kandidatur für das Co-Präsidium der SP Schweiz auf, um ins Rennen um einen Sitz im Staatsrat einzusteigen. Er betonte zwar stets, er wolle keiner Frau im Weg stehen. Doch in der SP war allen klar: Reynard ist das stärkste Pferd im Stall. Der Lehrer ist über die Parteigrenzen hinaus populär und verpasste 2019 nur äusserst knapp die Wahl in den Ständerat.

Aus Frauensicht hoffnungsvoller sieht es bei den zeitgleich stattfindenden Wahlen im Kanton Solothurn aus. Die Chancen, dass neu drei Frauen im fünfköpfigen Regierungsrat sitzen, sind gut. Es wäre nach der Waadt, Zürich und dem Thurgau der vierte Kanton mit weiblicher Regierungsmehrheit.

Christoph Bernet



Gruppenbild mit Hunden und Dame: das offizielle Foto des Walliser Staatsrats aus dem Jahr 2020. Bild: Olivier Maire